FLÜCHTLINGSRAT SCHLESWIG-HOLSTEIN e.V.

Geschäftsstelle:
Oldenburger Str. 25
D - 24143 Kiel
projekt@frsh.de
www.frsh.de

Tel: 0431-735 000
Fax: 0431-736 077

Gemeinsame Presseerklärung
Kiel, 17.09.2009

Kieler Landtag fordert Bleiberecht und offensive Aufnahme von Flüchtlingen

Flüchtlingsrat und Kampagne *safe haven* begrüßen Beschlüsse des Landtages

Der Flüchtlingsrat begrüßt die positives Zeichen, die der Kieler Landtag gestern Abend für die Landesflüchtlingspolitik gesetzt hat.
Zwei Anträge waren von Bündnis 90 / Die Grünen eingebracht worden. In der Abstimmung hatten sich die Forderungen nach Verlängerung der Gesetzlichen Altfallregelung (§104 a+b AufenthG) für langjährig geduldete Flüchtlinge und zur Einrichtung einer regelmäßigen Flüchtlingsaufnahmekontingentes im Zuge des Resettlement-Programms die notwendigen parlamentarischen Mehrheiten gefunden.

Für bundesweit gut 35.000 zuvor seit vielen Jahren aufenthaltsrechtlich nur geduldeter Menschen entscheidet sich bis zum 31.12.2009, ob sie eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis erhalten oder nicht[1]. Denn die Hälfte der zuvor langjährig geduldeten Menschen, die einen Aufenthaltsstatus auf der Basis der seit Sommer 2007 geltenden Altfallregelungen erhalten hat, besitzt nur eine Aufenthaltserlaubnis "auf Probe". Am Ende dieses Jahres droht ihnen der Rückfall in Kettenduldung und nicht durchsetzbare Ausreisepflicht.

Durch den zweiten Antrag ist vom Landtag ein deutlichen Zeichen für eine offensive Flüchtlingsaufnahme im Rahmen des Resettlement-Programms gesetzt. Das Resettlement ist ein vom UNHCR moderiertes Programm, das sich insbesondere gegenüber europäischen Staaten um jährliche Aufnahmekontingente besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge bemüht. Nun gibt es neben dem Ratsbeschluss aus der Landeshauptstadt Kiel den bundesweit ersten Landtagsbeschluss für ein regelmäßiges Resettlement.[2]

Die Kampagne *"safe haven - Für ein Resettlement-Programm in Schleswig-Holstein"* und der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein begrüßen die Beschlüsse des Landtages. Weitere Verbesserungen der Flüchtlingspolitik werden für die nächste Landtagsperiode erwartet.

gez. Andrea Dallek

---

[1] Der Flüchtlingsrat berichtete: http://www.frsh.de/presse/pe_07_07_09.htm
[2] www.safe-haven.org